

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.-, Halbjährlich 7.-, Vierteljährlich 12.-, monatlich 2.-, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Konvokationsblätter ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 15. September 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Rücktritt des serbischen Kabinetts.

Belgrad, 15. September. Das Kabinetts wird bestätigt. In einem amtlichen Schreiben, das vom 12. September datiert ist, wird ausgeführt, daß der Rücktritt begründet liege in den diplomatischen Schwierigkeiten, die dazu führten, daß Südslavien sich weigerte, den Friedensvertrag mit Oesterreich zu unterzeichnen.

Hoover über die europäische Lage.

Der Chef der amerikanischen Nahrungsmittelverwaltung Hoover ist am Sonntagabend in New York eingetroffen. Er erklärte, daß Europa endlich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit sei, um zu normalen Verhältnissen zurückzukehren. Eine allgemeine Wiederherstellung der Ruhe sei aber nicht möglich, solange der Krieg nicht überall beende und anerkannt sei.

Die russische Gegenrevolution.

Die „Humanität“ erfährt, daß sich Großfürst Michael Romanow, der Bruder des verstorbenen Zaren, aus Perm, wo er gefangen gehalten wurde, geflüchtet hat. Er befindet sich gegenwärtig im Hauptquartier Koltschak und schickt sich an, die Rolle eines Thronprätendenten zu spielen.

Streikaufruf der holländischen Binnenschiffer.

Aus Utrecht wird gemeldet: Die gestern hier abgehaltene Versammlung der Binnenschiffer, die 35 Abteilungen mit 2500 Arbeitern umfaßt, beschloß, den Streik um eine Woche hinauszuschieben.

Amerika und die Türkei.

Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ will aus ermächtigter Quelle vernommen haben, daß Wilson der britischen Regierung mitteilen ließ, die Vereinigten Staaten dächten nicht im entferntesten daran, ein Mandat über die europäische oder asiatische Türkei anzunehmen.

Ministerpräsident Friedrich über die Situation.

Ministerpräsident Friedrich erklärte neuerdings, er werde die Macht, die ihm die Revolution (soll wohl heißen: Gegenrevolution!) in die Hand gegeben, höchstens der Erste übergeben. Er werde aber nicht mit Deuten verhandeln, die gestern noch Bolschewisten waren und, wenn sich der Wind drehe, morgen wieder Kommunisten würden. Von Judenverfolgungen könne keine Rede sein, es gäbe nur eine Kommunistenverfolgung.

Oesterreichische Kriegerfürsorge.

Wer für den deutschösterreichischen Staat, die normalige österreichisch-ungarische Monarchie oder deren Verbündete militärische Dienste nicht berufsmäßig geleistet hat, oder ohne solche Dienstleistung unerschuldigt in militärische Handlungen verwickelt worden ist und hierdurch in seiner Gesundheit geschädigt wurde, hat Anspruch auf Vergütung aus Staatsmitteln. Am 25. April hat die Nationalversammlung das neue Invalidengesetz genehmigt.

Trotz des Milliardendefizits wird Oesterreich als erster Staat unter allen kriegsführenden Staaten ein Invalidengesetz besitzen, das für 100 000 Kriegsgeschädigte und 80 000 Kinder derselben, für 125 000 Kriegserwitwen und 225 000 Kriegswaisen aufkommt und wofür der Staat jährlich 346 Millionen zur Verfügung stellt. Das Gesetz bietet den Kriegsgeschädigten nicht bloß Renten, die nach der Beschäftigung vor dem Kriege abgesetzt sind und auf dem flachen Lande mindestens 1200 Kronen, in Großstädten in den höchsten Stufen bis 3300 Kronen, bei Festangestellten 4320 Kronen jährlich betragen, es ist weiter für Heilbehandlung der Invaliden, für Körpererhaltung und orthopädische Heilkräfte, für berufliche Ausbildung, sowie für ärztliche Hilfe im Falle der Erkrankung gesorgt, wobei die Invaliden, falls sie sich in Spitälern befinden, ein Krankengeld von 2 Kronen täglich erhalten.

Zur Invalidenrente gesellen sich noch Zuschüsse für die Kinder der Invaliden bis zum 18. Lebensjahre und Personen, die dem Kriegsgeschädigten sind, daß sie ständig die Hilfe einer anderen Person bedürfen, erhalten einen Rentenzuschuß, der je nach der Größe des Ortes 800 Kronen bis 1600 Kronen jährlich beträgt. Für die Hinterbliebenen, die Witwen und die Kinder, aber auch die Eltern bzw. Geschwister des Invaliden sind Renten vorzusehen. Das Gesetz ist zum Selbstkostenpreis vom k. u. k. oesterreichischen Soldatenrat, Regensburg (Wabern), zu beziehen.

Schlichtungsausschuss für Verfehrsanhalten. Im Reichsarbeitsministerium wird eine Novelle ausgearbeitet, wonach bis zur Einsetzung des nach der Verordnung vom 23. Dezember 1918 für die Verfehrsanhalten des Reichs und der Bundesstaaten vorgesehenen besonderen Schlichtungsausschusses das Reichsarbeitsministerium einen Schlichtungsausschuss für die Erledigung der Arbeitsstreitigkeiten bei den Verfehrsanhalten bestimmen kann.

Die Selbständigkeit der Dominions.

„Times“ meldet aus Kapstadt, daß General Smuts im südafrikanischen Parlament einige wichtige Erklärungen über die durch die Kriegereignisse und die Beschlüsse der Konferenz von Versailles herbeigeführten Veränderungen in den Beziehungen Großbritanniens zu seinen Dominions abgab.

Smuts sagte, bis zum Jahre 1918 hätten die britischen Minister alle die Dominions betreffenden Angelegenheiten behandelt und alle darauf bezüglichen Dokumente unterzeichnet. Hierin sei in Paris insofern eine Aenderung eingetreten, als die Vertreter der Dominions zum ersten Male im Namen des Königs den Friedensvertrag unterzeichnet hätten. Diese Aenderung bedeute, daß die Vertreter der Dominions in Zukunft in deren Namen auftreten würden. Was den Balfour-Bericht betreffe, so sei es nicht richtig, zu sagen, daß das britische Reich ihm als Ganzes angehöre. Es bilde eine Gruppe, in der Südafrika genau dieselben Rechte habe wie England. Der Delegierte Südafrikas für den Balfour-Bericht werde alsbald ernannt werden.

Deutsches Gold für London und Kanada.

„Daily Mail“ berichtet, daß 400 000 Pfund Gold aus Deutschland für die englische Bank über Antwerpen eingetroffen sind. Ein Teil des Goldes wurde sofort nach Kanada weitergeschickt zur Bezahlung der Nahrungsmittel, die Kanada nach Deutschland geliefert hat. Eine andere deutsche Goldsendung ist gleichfalls in London eingetroffen, und auch südafrikanisches Gold im Werte von 1 1/2 Millionen Pfund wurde vorgestern in Plymouth gelandet.

Eine englische Anregung.

Aus England erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Um die Verständigung zwischen Deutschen und Engländern zu erleichtern, werden deutsche Staatsangehörige, die bereit sind, mit Engländern in Briefwechsel zu treten, gebeten, an untenstehende Adresse ihren Namen und Wohnort anzugeben. Der Unterzeichnete wird sich bemühen, die Möglichkeit eines schriftlichen Meinungsaustausches zwischen beiden Nationen zu vermitteln.

William Varley

55 Chestnut Grove New Eastwick, York, England.

Staatsanwaltsantrag im Geiselmordprozess.

Der Staatsanwalt wird in seinem Plaidoyer gegen die Geiselmörder folgenden Antrag stellen:

Gegen Fritz Seibl und Schidlofer zweifache Todesstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; einmalige Todesstrafe gegen Joseph Seibl und Hesselemann, Permer, Buerger, Rehmer, Hannes und Riethmeyer;

15 Jahre Zuchthaus gegen den Schreiber Gfell;

15 Jahre Zuchthaus gegen Aid, Postel, Huber und Schmitt;

Freispruch mangels Beweises gegen den Studenten Petermayer.

Das Urteil dürfte aller Voraussicht nach am Mittwoch gefällt werden.

Und wieder: Die Kaiserbilder.

Den Herzen Gymnastien fehlt etwas, wenn sie nicht Hurra schreien können. Und da es in einem republikanischen Staate nun einmal nicht üblich ist, den Präsidenten in das Morgenroth mit einzuschließen oder ihn zu Beginn und Schluß der Schulferien sowie bei sonstigen schönen Anlässen anzuhören, so kriecht es in den Schulen, sobald die Ausübung des gewohnten Byzantinismus unmöglich gemacht wird.

Auf Grund des bekannten Erlasses des Kultusministers wurden auch Bilder Friedrichs II., den die Hohenzollernlegende als „Den Großen“ bezeichnet, des Freiherren v. Stein, Bismarcks, Noltes usw. entfernt. Das war ein Irrtum. Es sollten nämlich nur Bildnisse des letzten deutschen Kaisers und des Kronprinzen entfernt werden, nicht auch solche von Persönlichkeiten, deren Wert und Bedeutung unabhängig von ihrer Beziehung zu der jeweiligen Staatsautorität geschichtlich feststeht.

Auf diese Tatsache wird nun nochmals hingewiesen, und es ist zu hoffen, daß die Herren Schüler sich nunmehr endlich beruhigen werden. Man sollte meinen, daß sie auf Grund ihrer, dem Proletariat gegenüber angeblich besseren Einsicht die Aufgaben der Zeit besser erfüllt hätten; aber man soll sich nur von einer Ueberschätzung dieser kommenden Geistesherden hüten, die sich, 18jährig, monoklitagend und farbengeschmückt, jahrzehntelang als Führer der Nation gefühlt haben. Das sind Gefühle, die sich nicht so leicht auf morgen abgewöhnen lassen. Im übrigen ist das Kultusministerium fest entschlossen, jedem Versuch, die Schule zu reaktionär-monarchistischen Treiben zu gebrauchen, entschieden Widerstand entgegenzusetzen.

Zum Fall Reinhard.

Der Fall des Führers der Reichsmehrbrigade Berlin, des Obersten Reinhard, droht sich zu einem politischen Konflikt von erster Bedeutung auszuwachsen. Wie liegt die Sache? Im Namen des „Bundes inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften“ richtete Ende August ein Offizierstellvertreter Georg Neundorf an den Obersten Reinhard einen offenen Brief (abgedruckt im „Vorwärts“ vom 30. August morgens), worin die Behauptung aufgestellt wurde, Reinhard bekenne sich öffentlich zur Monarchie, er nenne öffentlich die Regierung ein Geinidel und die Fahne der deutschen Republik eine Judenfahne. Der „Vorwärts“ veröffentlichte diesen Brief, ohne sich dessen Behauptungen zu eigen zu machen, mit dem Bemerkung: „Oberst Reinhard wird zu den in diesem Brief gegen ihn erhobenen Anschuldigungen Stellung nehmen müssen.“

Diese Stellungnahme erfolgte durch ein Schreiben des Obersten Reinhard an die Redaktion des „Vorwärts“ vom 31. August (abgedruckt im „Vorwärts“ vom 2. September morgens). Dieser Brief enthielt nicht die geringste Bestätigung der von Neundorf aufgestellten Behauptungen, dafür aber eine militärische Abkündigung unseres Blattes, die man, selbst bei dem äußersten Bestreben, sich ruhiger Sachlichkeit zu befleißigen, nicht anders, denn als höchst taktlos und unmöglich bezeichnen kann. Niemand halte Herrn Reinhard gefordert, wie er über die Redaktionsführung des „Vorwärts“ denke, das ist vollkommen unerheblich, aber die Deffektivität hatte und hat ein Recht, zu erfahren, ob wirklich ein Offizier in höchst verantwortlicher Stellung es für vereinbar mit seiner Pflicht hält, die Einrichtungen des Staates, dem er dient, in widerlichster Weise zu beschimpfen. Der Oberst Reinhard hielt es für überflüssig, die Deffektivität über diesen springenden Punkt anzuklären; durch sein Schweigen hierüber und durch den räpelhaften Ton seiner Gegenaufklärung vertritt er den Eindruck, daß die von Neundorf gegen ihn erhobenen Anschuldigungen auf Wahrheit beruhen.

Auf Grund dieses bekannten Tatbestandes hat dann Genosse Scheidemann in seiner Kasseler Rede den Fall Reinhard aufgegriffen und gemeint, daß für so reaktionäre Offiziere in der Armee der deutschen Republik kein Platz sein dürfe.

Nun hat Genosse Roske in seiner gestrigen Rede auf dem Dresdener Parteitag der Sozialdemokratie Sachsens gemeint, der Fall Reinhard sei ein Spektakel, auf den viele hereingefallen seien. Sein Ankläger Neundorf sei ein überbelebendeter Mann, dem zuliebe er einen um die Regierung verdienten Mann nicht über die Klinge springen lassen werde. Roske erklärte in seiner Rede weiter, die Meinung, daß Oberst Reinhard der Republik gefährlich werden könne, für hinfällig. Er wandte sich gegen Scheidemanns Äußerungen, der während seines dreimonatigen Aufenthaltes in der Schweiz den Zusammenhang mit den Dingen in Deutschland verloren habe. Eine Gegenrevolution in Deutschland bestehe nicht; mit Angstmeierei lasse sich das zusammengebrochene Reich nicht wieder emporheben.

Wir können dazu nur bemerken, daß die Person Neundorfs, so wie die Dinge bis jetzt liegen, vollkommen gleichgültig ist. Gätte Reinhard die Behauptung Neundorfs bestritten und stünde Aussage gegen Aussage, so könnte man allenfalls dazu kommen, den moralischen Wert der beiden Personen gegeneinander abzumägen. Aber so stehen die Dinge eben nicht, und darum ist es ganz belanglos, wer Neundorf ist. Entscheidend ist allein, was Reinhard wirklich gesagt hat und welche politische Rolle er in dem ihm anvertrauten Truppenverband spielt. Darüber muß Aufklärung geschaffen und, je nachdem wie sie ausfällt, müssen die Konsequenzen gezogen werden.

Wenn Scheidemann in seiner Kasseler Rede auf die Gefahr Reinhard“ hiniess, so hat er keineswegs wie ein landfremd gewordener Mann geurteilt, sondern nur ausgesprochen, was Millionen in Deutschland denken. Auch Roske wird mit dieser Tatsache rechnen müssen. Wir leiden unter dem Abb der militärischen Reaktion, und haben wenig Aussicht von ihm so bald befreit zu werden, wie die Geschichte des benachbarten Frankreich zeigt. Mag Roske doch nachlesen, welche Kämpfe drüben um Mac Mahon, um Boulanger, in der Dreyfus-Affäre geführt worden sind, Kämpfe, in denen nicht nur die Sozialisten, sondern auch die bürgerlichen Republikaner ihren Mann standen. Dann wird er unsere Sorge darum begreifen, daß nicht ein reaktionär geminntes Offizierkorps auch unserem Lande zum Quell dauernder innerpolitischer Verunreinigung werde.

Von „Angstmeierei“ wissen wir uns vollkommen frei, aber man darf auch nicht aus Angst, ein Angstmeier geizhaken zu werden, in eine unbegründete Sorglosigkeit verfallen. Und wenn wir bereit sind, die deutsche Republik und die deutsche Demokratie als den Mutterboden eines echten Sozialismus gegen wahnwitzige Umsturzpläne des deutschen Politikwissenschaftlers zu verteidigen, so tun wir das eben dieser Republik und dieser Demokratie zu Liebe, die wir auch gegen An-

Leistungen von anderer Seite nachdrücklich geschätzt sehen wollen.

Das Verdienst Koskes, eine brauchbare Truppe zum Schutz der Republik gegen russische Methoden geschaffen zu haben, wird innerhalb der Partei nicht bestritten, und psychologisch wird man es auch ganz begreiflich finden, daß Koske nur auf diese eine Seite seiner Aufgabe eingesperrt ist und darüber in Gefahr kommt, die andere zu übersehen. Die andere Seite seiner Aufgabe ist die, die Truppe mit einem Geiste zu erfüllen, der den geänderten Zeitumständen entspricht und geeignet ist, zwischen ihr und den republikanisch gesinnten Volksmassen ein echtes Vertrauensverhältnis herzustellen. Daß sich diese Aufgabe nicht von heute auf morgen lösen läßt, sieht jedermann ein, aber was man gerne sehen möchte, das ist der Willen, sie zu lösen, und wenn der Verdacht verstreift wird, daß dieser Willen nicht vorhanden ist, dann wächst auch die Gefahr steigender innerpolitischer Schwierigkeiten.

Darum können wir nicht glauben, daß der Fall Reinhard mit der gestrigen Erklärung Koskes erledigt ist. Wir geben ohne weiteres zu, daß Koske einen Offizier wegen einer einseitig gegen ihn erhobenen Beschuldigung nicht über die Klinge springen lassen kann. Wir fragen aber, was Koske zu tun gedenkt, wenn er sich herausstellen sollte, daß es tatsächlich die Gepflogenheit des Obersten Reinhard ist, vor versammeltem Regiment reaktionäre Parteipolitik zu treiben und die Einrichtungen der Republik mit ordinären Ausdrücken zu beschimpfen. Glaubt Koske nicht, in diesem Fall und unter dieser Voraussetzung dem Volk den Beweis dafür schuldig zu sein, daß ein solcher Skandal nicht geduldet wird?

Die Armee darf kein Staat im Staate werden, der von der Bevölkerung mit Sorge und Mißtrauen beobachtet wird. Ein einzelner Stand darf nicht in dem Glauben erzogen werden, ihm sei alles erlaubt. Die Armee darf in der Republik nicht anders sein als ein Instrument des Volkswillens, der von der Volksvertretung und der Regierung, die ihr Vertrauen besitzt, vertreten wird. Ist es zuviel verlangt, daß die aktiven Offiziere, was immer ihre Überzeugung sei, sich öffentlicher Ermahnungen gegen die Einrichtungen der Republik enthalten? Das und nicht mehr ist es, was im Fall Reinhard gefordert wird, und diese vielleicht nicht unbedeutende Forderung darf im Interesse unserer Republik und unserer ganzen weiteren inneren Entwicklung nicht aufgegeben werden. Jahrzehntlang hat die Sozialdemokratie für den Grundgedanken gekämpft, daß die Zivilgewalt über die Militärgewalt gestellt werden müsse, sie kann nicht dulden, daß ein Offizier vor versammeltem Kriegsvolk die Zivilgewalt Gefindel schimpft. Die Frage im Fall Reinhard ist also: Hat er es getan oder nicht? Und wenn er es getan hat, was dann?

Koskes Rede in Dresden.

Ueber die Rede des Reichswehrministers Koske in Dresden erhalten wir folgenden ausführlichen Bericht:

Im Augenblick ist es nicht möglich, mit den Unabhängigen zusammen zu regieren, weil die Unabhängigen Bedingungen stellen, die unerfüllbar sind. In der ersten Zeit der Revolution haben wir im Reiche und in Sachsen mit der Zusammenarbeit mit der U. S. P. die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Die Unabhängigen versagen in der Hauptfrage: sie erkennen nicht, daß keine Regierung möglich ist, die sich nicht auf eine hinter ihr stehende Mehrheit und Macht stützen kann. Viele unserer Genossen wahren nicht mehr genug die Würde unserer Partei. (Sehr wahr!)

Die Politik der Unabhängigen besteht nur im Radaumachen und Stanblieren.

(Sehr richtig!) Es wird häufig an unseren Genossen in der Regierung eine Kritik geübt, die nicht die Schwierigkeiten berücksichtigt, in denen wir stehen. Diese unberechtigte Kritik treiben selbst Offiziere an verantwortlichen Stellen in der Partei und in den Redaktionen. Es gibt Fälle, wo wir und lieber der Kritik dort enthalten sollten, wo sie an sich am Platze wäre. Verzeihen wir unseren Leuten doch nicht immerfort die Lust zur Mitarbeit dadurch, daß wir ihnen fortwährend aufstehen, daß noch viel zu tun ist. Darüber sind wir einig. Sagen wir ihnen lieber, daß wir

schon unendlich viel geleistet haben, obwohl wir uns doch immer noch erst am Anfang befinden. Ich werde mich stets dem Bestreben entgegenstellen, durch eine Minderheit die Mehrheit des Volkes zu verzwangeln. Wo man das tut, werde ich auch künftig so handeln, wie ich es in München und Bremen getan habe. Ich sehe auch zu allem, was ich bisher getan habe. Freilich kommen auch noch unangenehme Erscheinungen vor. Aber es herrscht nun einmal jetzt noch auf keinem Gebiete völlige Ordnung. Das deutsche Heer der Zukunft ist nach dem Nachwort der Entente ein

Selbsterbehr,

das wir hinnehmen müssen mit all seinen Mängeln und Schwächen. Deshalb ärgere man sich doch auch nicht über solche Kleinigkeiten wie Treppen. Wir werden den Soldaten, die sich auf 12 Jahre verpflichten sollen, vielleicht noch ganz andere kleine Konzessionen machen müssen. (Sehr richtig!) Dank der Politik der Unabhängigen war bis zu der Zeit, da ich mein Amt antrat, überhaupt keine Schmach für die Regierung vorhanden. Die Massen der organisierten Arbeiter setzten sich nicht zum Beerdienste, obwohl ich sie so dringend gebraucht hätte. So mußte ich nehmen, was ich bekam. Und ich respektiere noch heute die Leute, die damals sich in Gefahr brachten.

Der „Vorwärts“ machte sich ein spezielles Vergnügen daraus, alle Kleinigkeiten, die ihm von unkontrollierbaren Leuten angetragen werden, zu registrieren; eine ganze Reihe dieser Nachrichten seien falsch. Rüttner, der seitdem unter ihm das Gebiet der Klassenjustiz bearbeitet, habe heute als seine Hauptaufgabe die „Konterrevolution der Offiziere“ erwählt. Wer Tag für Tag Dreck an die Einrichtungen werfe, mit denen wir notgedrungen jetzt arbeiten müßten, treibe Sabotage an sich selbst. Es sei einfach lächerlich, daß eine Truppe mit selbstgewählten Führern im ernsthaften Kampfe etwas leisten könne. Eine solche Formation spränge dann wie Glas auseinander. Es gehörten Leute an ihre Spitze mit großer Energie. Die Zahl der Offiziere, die in letzter Zeit in diesen besagten Kampfen gefallen sei, sei ganz beträchtlich. Er bedauere ganz außerordentlich, wenn dann ein Teil der Parteipresse in dieser Hinsicht Dinge berichte, die mit der Wirklichkeit nichts gemein hätten.

Jetzt stelle sich allerdings ein Teil Offiziere der Regierung zur Verfügung, die angeben, und in ihren Anschauungen sehr nahe zu stehen. Er spreche ganz offen aus, wenn er vor die Frage gestellt werde, einen Mann als Offizier anzunehmen und zu befördern, weil er angeblich ein Sozialdemokrat sei oder einen Mann, der aus seiner gegenseitigen Ueberzeugung kein Geht mache, sich aber der Regierung erlich und vorbehaltlos zur Verfügung stelle, so wolle er den letzteren, weil er und die Regierung besser dabei fahre. Wer sich in solcher Stellung mit den heutigen Verhältnissen nicht abfinden und sich nicht darin fügen könne, der müsse sich lieber freiwillig seiner Wege gehen. Darum brauche man über solche Vorgänge nicht allemal großes Geschrei zu erheben und Dinge an die Wand zu malen, denen wir jederzeit gewachsen seien. Die Parteigenossen sollten sich deshalb hüten, auf jeden Spektakel hereinzufallen.

Der Oberst Reinhard sei ein solches Zugmüßel gewesen, mit dem man in den letzten Tagen operiert habe. Auf den Ruf: „Scheidemann“ bemerkt Redner, daß er sich gestern mit Scheidemann auseinandergesetzt und ihm erklärt habe, daß man sich zur Beurteilung der Sachlage schon im Laufe an Ort und Stelle befinden müsse. Der Mann, auf dessen Mitteilungen sich Scheidemann verlassen habe, sei ein wegen seiner unqualifizierten Eigenschaften bestrafte und degradierter früherer Offizier. Scheidemann sei auf ihn herein gefallen, wie er sich habe davon überzeugen müssen. Er (Redner) werde morgen den dienstlichen Bericht Reinhard's vorfinden und darnach das Weitere veranlassen, wenn sich herausstelle, daß das Verhalten Reinhard's mit der Auffassung der Regierung unvereinbar sei.

Er richte nur die Mahnung an die Parteigenossen, ein klein wenig Vertrauen in unsere Politik zu haben und

nicht gleich wegen jeder Kleinigkeit zu heulmeiern.

Man könne nicht von jedem Wanne, der jetzt für die Regierung tätig sei, fordern, daß er seine Lebensüberzeugung im Handumdrehen wachse. Man müsse ihm auch Zeit geben, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Wenn morgen ernstlich die Konterrevolution steigen würde, so sei die Schuld zum größten Teil auf das Konto der deutschen Arbeiterschaft zu setzen. Er richte darum die Aufforderung an die Genossen, daß sie

ein wenig mehr Vertrauen in die eigene Kraft befestigen,

dann werden sie die Konterrevolution nicht zu fürchten brauchen. Mit Gefühlswaiserei und Sentimentalität könne man heute keine Politik treiben. Mut, Tapferkeit und Selbstvertrauen gehören da-

zu, um gemeinsam unser Land und Volk wieder in die Höhe zu bringen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Rüttner, der augenblicklich verreist ist, wird aller Voraussicht nach zu den Angriffen Koskes gegen ihn noch Stellung nehmen. Schon nach dem vorliegenden Bericht besteht kein Zweifel darüber, daß Koske über die Beweismittel zur Haltung des „Vorwärts“ durchaus falsch informiert war. Das ist bereits in dem heutigen Leitartikel dargelegt. Im übrigen wird die Haltung Rüttners nicht nur von der Redaktion des „Vorwärts“, sondern auch von weitesten Volkskreisen in einer Weise geteilt, die die gegen ihn persönlich gerichteten Angriffe zum mindesten als sehr einseitig erscheinen läßt. Red. d. „Vorwärts“.

Unabhängige Argumente.

Wie die Hamburger „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ berichtet, wurde in einer Versammlung der Unabhängigen in Barinbeck der Kommunist Brumm, weil er Zwischenrufe gemacht hatte, aus dem Saal getrieben, von etwa 100 Versammlungsteilnehmern verfolgt, die Kleider wurden ihm vom Körper gerissen, er wurde mit Fußtritten traktiert. Schließlich mußte er die Polizeistation mit Schrei verlassen, die ihn durch einige Beamte nach Hause begleiten ließ. Das Kommunistenblatt bemerkt dazu, daß es an seinem Kommunisten Brumm die Spuren der Prügel noch deutlich wahrgenommen habe.

Immer schneidig.

Bei seinem Rücktritt als bayerischer Kriegsminister richtete der Genosse Schneppenhorst eine Kundgebung an die bayerische Armee, in der er die Heeresangehörigen als Kameraden und mit „Ihr“ anredete. Das hat den hochwohlgeborenen Freiherren v. Gebfattel, Generalmajor z. D., so schwer geärgert, daß er an den Genossen Schneppenhorst einen offenen Brief richtete, in dem er diesen als „Emporkömmling der Revolution“ bezeichnete.

Wir können verstehen, daß es für einen Generalmajor der wilhelminischen Epoche hart ist, wenn ein Revolutionär Kriegsminister wird, der nicht als Freiherr auf die Welt gekommen ist. Dagegen hatten wir immer gedacht, daß gerade diese Kreise besonderen Wert auf die vertrauliche Anrede „Ihr“ legten, die sie in ihren Kundgebungen in nicht immer passender Weise anwandten. Oder sollte das nur den „Kerls“, den „Bemeynen“ gegenüber zulässig sein? Gerade Herr v. Gebfattel dürfte der Ungeeignteste sein, um von Annäherung zu sprechen; denn nicht nur den preussischen Leutnant, auch den bayerischen Generalmajor macht uns so leicht in der Welt keiner nach.

Private Wissenschaft. G. E. Graf stellt im „Sozialist“ treffend fest, daß die Kohlenförderung unter der Vorkriegsleistung zurückgeblieben muß, weil während des Krieges in allen Ländern damit Raubbau betrieben worden ist. Die Inanspruchnahme alter und Kiederbringender neuer Schächte werde, wie jeder Kenner bergbauverhältnisse weiß, oft viele Monate, selbst mehrere Jahre in Anspruch nehmen. — Zwei Seiten darauf schreibt er: „Vor allem jedoch, wir hätten Kohlen, genügend Kohlen, wenn mit der Sozialisierung ernst gemacht worden wäre.“ Denjenigen, die's bisher nicht ahnten, sei's also gesagt: Das Wunderwörter „Sozialisierung“ schafft's? Es ist der Schlüssel zur Ueberwindung von Schwierigkeiten, die die Sozialisten selbst zugeben, es ist die Lebensbrücke für alle Wissenschaftler, die zwischen wirtschaftlichem Schaffen und Stragenkloppelwort vermitteln wollen. Auch wenn man selbst innerlich nicht recht daran glaubt und seine wissenschaftliche Ueberzeugung damit befiehlt

Küstung, Schleswig! In wenigen Wochen findet in Nord- und Mittel-Schleswig die Volksabstimmung über die künftige Nationalität dieser Landesteile statt. In ihr teilzunehmen ist Pflicht aller stimmberechtigten Deutschen. Alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen werden dringend gebeten, ihre Adresse mit Wohnort, Geburtsort und Geburtsdatum dem deutschen Ausschuss für Schleswig-Holstein, dessen Berliner Geschäftsstelle Burgstraße 30 sich befindet, anzugeben. Für Stimmberechtigte wird zur Wahl freie Reise, Unterkunft und Verpflegung zugesichert.

Das Erbschaftsteuergesetz ist nunmehr im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und rückwirkend vom 1. September 1919 ab in Kraft getreten.

ratur. Auch in Deutschland gewann er mit seinen Novellen einen großen Leserkreis; besonders die Arbeiterpresse bereitete ihm den Boden. Im „Vorwärts“ sind damals mehrere seiner besten Erzählungen erschienen, darunter: „Das rote Lachen“ und „Die Geschichte der sieben Gehängten“. Andrejew wurde zusammen mit Gorki genannt, und sie beide galten als die Hauptrepräsentanten der russischen Literatur. Im Grunde hängen aber die beiden wenig zusammen. Gorki ist aus der Tiefe des Volkes aufgestiegen, hat mit urwüchsiger Kraft erwacht Topen der russischen Vorführung gezeichnet, intuitiv die Sehnsucht der Masse gefaßt und ist dann als Sozialist der Fortschritt der russischen Bewegungsliteratur geworden, die die Kunst als Teil des Befreiungskampfes erfaßt. Andrejew ist viel komplizierter: er ist bürgerlicher Herkunft, defizienter und pessimistischer Strömungen zugänglich, ein feiner Dichter und eindringlicher Psychologe, der Impressionist, der die Dinge und Menschen bespiegelt, ohne sie beeinflussen und umgestalten zu wollen. Müdigkeit und Skeptizismus, wie sie aus langem qualenvollen Druud entstehen, haben ihn gezeichnet. Aber er ist dadurch auch befähigt geworden, mit ungemein verfeinerten Nerven Stimmungen und Reflexe aufzunehmen, die für das Leben russischer Intellektueller bedeutsam waren. Seine bohrende Psychologie, seine Fragen, die vor keinem Ideal halt machten, seine Sucht, die Hebräer aller Redaktionen zu sehen, machen ihn zu einem wichtigen Entschlüsseler, wenn seine ganze Art schließlich auch nur ein Ende und seinen neuen Aufstieg bedeutet. Andrejew's Grundstimmung ist fatalistisch-pessimistisch, er sieht das Gebundene und Richtige aller Menschlichen.

In den Dramen kommt der passive reflektierende Charakter Andrejew's am meisten zum Ausdruck und hemmt dadurch seine Wirkung. Weder „Sawa“ noch „Zu den Sternen“, das immerhin einen freudigen Aufschwung atmet, noch „Das Leben des Menschen“, das eine pessimistische Abfolge darstellt, sind länderherrschend geworden. In den Novellen „Das rote Lachen“, „Die sieben Gehängten“, der packenden Schilderung der Todesangst und ihrer Ueberwindung, und einigen anderen wird das Beste von Andrejew lebendig bleiben. Seit der bolschewistischen Revolution, die er bekämpfte, war der Dichter nach Finnland geflüchtet.

Sein letztes Werk, das in Deutschland bekannt wurde, war das Tagebuch eines Kleinbürgers während des Krieges („unter dem Joch des Krieges“), das keine Vereinerung seines Schaffens bedeutete.

K. H. D.

Notizen.

— Heinrich Vogeler über den Kommunismus. Der Wortschöpfer Walter Heinrich Vogeler, der sich bekanntlich den Kommunisten angeschlossen hat und eine kommunistische Kolonie bei Worswede begründete, veröffentlicht jetzt eine Abhandlung über seine philosophischen Ideen, die unter dem Titel „Das neue Leben“ im Verlag von Paul Stegmann, Hannover, herauskommt.

— Friedrich Roetz liest am Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, Paganenstr. 88, Novellen von Anton Tschepow.

Werkbund-Nachplänge.

Von Dr. Theodor Heuß.

Hier Tage lang ist jetzt der Deutsche Werkbund in Eutigkeit betimmten gewesen, um in mannigfacher Ausdrucksweise die neuen Tatbestände des wirtschaftlichen Seins zu überprüfen und die Augen für das werdende wie für das Notwendige zu öffnen. Mancher mag sich der heftigen Auseinandersetzung erinnern, die knapp vor dem Ausbruch des Weltkrieges in Köln gepflogen waren und in dem Gegensatz Rühstund — von der Seite eine sehr scharfe Pointierung besaßen: geht der künstlerische Weg zur Typenbildung, bleibt er bei der ungebundenen Freiheit der eszinerischen Individualität?

Diese Problemstellung ist heute als Gegensatz überwunden. Raum ihr Nachhall war zu spüren. Denn für das gewerbliche Schaffen ist heute der Weg zur Norm und zur Typen zwangsläufig geworden, weil in ihr sich die innere wirtschaftliche Erparnis ausdrückt, zu der uns die Armut nötigt. Darüber spricht man nicht mehr; freilich vermeidet man es auch, Ergebnisse des technischen und ökonomischen Rationalismus als Forderung der Kunst anzusprechen. Gewiß, sie haben ihren ästhetischen Wert in sich, in ihrer Gebundenheit, die einer unruhigen und wahllosen Formenanarchie entgegenwirkt, und man bestärkt sich die Schönheitswerte des Typus etwa aus den geschichtlichen Beispielen alter Freibergerischer Siedlungen — aber ohne Pathos.

Stärker meldet sich nun, indem hier für die großgewerbliche Gestaltung für die Massenproduktion eine Entwicklung sachlich gesichert scheint, die Frage der individuellen, der schöpferischen Betätigung, und es ist charakteristisch, daß sie sich nicht so sehr mit dem Begriff der „Kunst“ verbindet, der „künstlerischen Freiheit“, sondern mit dem des Handwerks. Zweierlei Bewegungen begegnen sich: die jungen Künstler leben von dem Gedanken der Einheit der Künste, die im Bauen ihre Heimat, ihren Halt besitzt, und sie wollen ihr Schaffen darum aus der Vereinzelung gelöst wissen, zum Zusammenklang gebracht, irgendwie Diener des Höheren. Das läßt sie erkennen, daß nicht irgendwie formale Schulung und Geschicklichkeit, sondern das höchste Können, die innere Verbundenheit mit der Arbeit der Weg zur Erneuerung ist. Und umgekehrt meldet sich im Handwerk, das trotz allem, was man sagt und noch vieler vernichteter Einzelergebnisse las Verursacher den Krieg gekämpft durchgemacht hat, Selbstbewußtsein — zugleich das Gefühl, daß die für die nächsten Jahrzehnte gewachsene Bedeutung des neuen Marktes ihm ökonomisch eine nicht ungünstige Zeit bereitet. Notwendig ist, daß zu diesem Gefühl noch ein bewußterer Stolz für die eigenliche Berufung zum verantwortlichen Schaffen hinzutritt.

Das Herausarbeiten des handwerklichen Gedankens war in dem Referat von Stadtbaurat Voelzig, Dresden die ästhetisch wichtige Leistung — ihre praktische Konsequenz liegt innerhalb dieses Gedankenkreises, nicht in irgendeinem wirtschaftspolitischen Programm, sondern im Neuaufbau des Erziehungswesens. Hier erscheint das Kernproblem der „Kunstpolitik“ dieser Zeit. Man

weiß, die großen Kathedralen und die Werke andergänglicher Nationalität sind entstanden, ehe es Hochschulen und Akademien gab, als Enthusiasmus und Sehne, Können und Wissen aus der Werkstatt, aus der Bauhütte weitergegeben, vererbt wurden, als die Kunst nicht abgepalten schien, in einen alle paar Jahre wechselnden Kanon von Lehrplänen eingeschaltet, sondern hohes handwerkliches Können, Tradition, Ehrgefühl, Liebe zum Werk. So soll die Schule innerlich umgestaltet werden, indem sie den Schüler zum „Behring“ macht, der nicht in einem Stundenplan von allem etwas erfährt, sondern der am Bau, am Werk mitschaffend zum Meister heranreift.

Diese Fragen sind noch nicht bis zum letzten formuliert, aber sie sind unterwegs. Es handelt sich dabei nicht darum, daß die handwerkliche Richtung gewählt werde, um die „industrielle“ zu verdrängen. Beide befruchten und ergänzen sich, haben aber einen verschiedenen sachlichen und seelischen Rhythmus. Die Industrie wird, wo es sich um rein technische Formung handelt, immer darauf sehen sollen, daß diese klar, damit anständig und überzeugend sei — dann ist sie auch schon, immer relativ zu dem Formgefühl, das sie trägt, und zu dem Stand der technischen Entwicklung. Wo es sich um die „Kunstindustrie“ im engeren Sinne handelt, ist sie handwerklicher Herkunft und in dem Maße wertvoller, als sie sich dieses Zusammenhangs bewußt bleibt. Diesen zu erhalten ist heute notwendiger als je; denn Rohstoffnot und Arbeitslohn sollen der Erzieher werden zur höchsten Belastung des Materials mit vollkommener durchgebildeter Arbeit. Die schlechte Valuta, mit ihrer Tendenz zur Ausfuhrerleichterung, ist hier eine Feindin der Entwicklung zur höchsten Qualität — denn heute wird alles gekauft.

Mancherlei neue Probleme aus der Fragenreihe: Öffentlichkeit und Kunst schwingt nach. Der wichtigsten eines ist die Gestaltung des Baubeamtentums; die städtische, staatliche Regelung des Baubewesens. An verschiedenen Stellen wird der Versuch gemacht, das Baubewesen der behördlichen Ämternschaften zu entbürokratisieren und den freien Architekten nicht nur mehr Mitarbeit, sondern mehr Mitverantwortung für das gesamte Baubewesen zu geben. Heute haben wir hier, von geringen Ausnahmen, das Regiment des Zufalls oder des Subalternen. Wird hier ein Weg gefunden, dann leistet die Kunstschafferschaft die große Aufgabe der Selbstzucht und Selbsterziehung. Die Stuttgarter Werkbundtagung hat hier ein wichtiges Kapitel angefangen — an den Architekten liegt es, die Klärung zu finden, die das Bauen wieder zu einer Sache künstlerischer Verantwortung macht.

Leonid Andrejew.

Der russische Dichter Leonid Andrejew ist nach schwedischen Meldungen in einem finnischen Badeort an einem Herzschlage gestorben.

In den Jahren vor und nach der ersten russischen Revolution war der Name Andrejew's einer der populärsten der russischen Lite-

Ein neuer Sündenbock Ludendorffs.

Herr Ludendorff braucht viele Sündenböcke, um auf sie das ganze Maß seines weltgeschichtlichen Irrtums zu verteilen, das ein militärischer Generalstab Deutschlands bevorzugen, während tatsächlich das gerade Gegenteil der Fall war. Einer der Männer, auf den er seine Sünden abzuladen sucht, ist der vorletzte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unter dem alten Regime, der Admiral v. Hingé. Diesen Nachfolger v. Kühlmanns hat die Öffentlichkeit damals mit starkem Mißtrauen empfangen. Er galt als Areal Wilhelm und Werkzeug der Militärkamarilla. Mit Unrecht. v. Hingé war ein Mann, der in einer ziemlich langen diplomatischen Laufbahn nach seiner Marinezeit die Welt gesehen und verstanden für die wirkliche Lage der Dinge gewonnen hatte. Er erkannte genau wie Kühlmann die Notwendigkeit, durch Verhandlungen zum Frieden zu kommen. Wenn er in dieser Richtung nicht viel getan hat, so deshalb, weil schon der Knüttel der Niederlage beim Sünde lag.

Noch im Juli 1918 hatte Ludendorff der Reichsleitung den überwältigenden großen Endsieg versprochen. Erst am 13. August meldete er, daß es in Wahrheit faul stünde, gab aber noch der Hoffnung Ausdruck, durch kräftigen militärischen Widerstand die Feinde zu ermüden und friedensgeneigt zu machen. Ludendorff wirft nun Hingé vor, daß er den ganzen anderthalbmonatigen Zeitraum bis Ende September verstreichen ließ, ohne etwas Entscheidendes für die Erreichung des Friedens durch neutrale Vermittlung zu tun. Ob das richtig ist, steht dahin. Es scheint — so schreibt die „Soz. Kor.“ — als ob eine Vermittlung Hollands nachgesucht worden ist, die aber nicht zum Ziele führte.

Als in den letzten Septembertagen Ludendorff von der nahen Möglichkeit einer militärischen Katastrophe sprechen mußte, regte Hingé den Rücktritt der Regierung Hertling an, damit die neue parlamentarische Regierung des Prinzen Max mit besserer Aussicht auf Erfolg nun nicht mehr Frieden anbieten, sondern um Frieden bitten könne. So geschah es, und der Friede ist so ausgefallen, wie ein rücksichtsloser Sieger ihn eben einem völlig überwundenen Feinde diktiert, der nach gewaltigen Kriegseinstellungen schließlich um Frieden bitten muß.

Die Auseinandersetzung zwischen Hingé und Ludendorff, die jetzt in den Zeitungen geführt wird, dreht sich nun darum, ob ein besserer Friede zu erreichen gewesen wäre, wenn Hingé schon von Mitte August an mit rücksichtsloser Energie darauf hingearbeitet hätte. Der frühere konservative Parteiführer Westarp äußert sich dazu in langen Artikeln, in denen er zu folgendem Ergebnis gelangt:

Nicht an verblenderer Halsstarrigkeit der Obersten Seeresleitung und nicht an Versäumnissen des Auswärtigen Amtes im August und September hat es gelegen, daß wir zu dem Waffenstillstand vom 11. November und dem Frieden von Versailles gekommen sind. Die Ursache war der Vernichtungswille der Feinde, den sie auf keine Verhandlung irgendwelcher Art und zu irgendwelcher Zeit, sondern nur dann aufgegeben haben würden, wenn wir uns nicht wehrlos gemacht, sondern ihn bis zuletzt kraftvollen Widerstand entgegengesetzt hätten.

Die Schlussfolgerung ist sehr heiter. Wir sollten Widerstand bis zum Äußersten leisten, nachdem Ludendorff den Krieg verloren gegeben hätte! Dieser Widerstand hätte uns höchstens zu sofortiger völliger Vernichtung führen können, so sonst nichts.

Zuzugeben ist auch, daß Hingé nichts veräußert hat. Um eine kleine Chance für einen erträglichen Frieden zu haben, mußte er, Ludendorffs Worten trauend, einen Zeitpunkt abwarten, wo die deutschen Truppen wieder feststanden. Dieser Zeitpunkt trat aber nicht ein, vielmehr wurde die Lage des Meeres immer katastrophaler. Danach bestand keinerlei Aussicht mehr auf einen auch nur hinlänglichen Verständigungsfrieden. Die militärische Niederlage bedingte den Vernichtungsfrieden.

Die verblödete Halsstarrigkeit der Obersten Seeresleitung lag nicht am 13. August. Als das deutsche Meer wich, kam jede Einsicht zu spät. Der Wahnsinn liegt vielmehr darin, daß Ludendorff noch im Juli den zerschmetternden Sieg durch Angriff in Aussicht gestellt hatte. Hätte er statt dessen schon im Winter 1916 an die Bemühungen um einen Verständigungsfrieden — auch einem opferreichen — rücksichtslos unterstützt, was er mußte, wenn er die militärische Lage richtig beurteilte, dann wäre eine Möglichkeit des Friedensschlusses ohne Zusammenbruch eröffnet worden.

Aber der Siegestaumel riß ihn fort und beherrschte ihn so lange, bis die Katastrophe da war und die Aussicht auf einen erträglichen Frieden in Nebelmögen verschwand.

Der Streit Hingé-Ludendorff und der Kommentar Westarps bestätigen lediglich diesen einfachen Sachverhalt.

Die Frankfurter Einkaufsmesse. Das niederländische Generalkonsulat und voraussichtlich auch die französische Wirtschaftsstelle Mainz wird auf der Frankfurter Messe ein eigenes Auskunfts-bureau einrichten. Anmeldungen zur Besichtigung der Messe laufen beim Reichamt ununterbrochen in so großer Zahl ein, daß neue Unterkunfts-möglichkeiten für Aussteller nötig wurden. Es sind 3 Schulen in Aussicht genommen.

Industrie und Handel.

Börse.

Auch im heutigen Verkehr dauerte der Laumel in Kolonialpapieren fort. Aber die starken andauernden Aufwärtsbewegungen scheinen ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Romona notierten mit 2000 ungefähr wie am Sonnabend. Deutsche Kolonialanteile gingen von 1300 auf 1340, Reu-Guinea von 250 auf 267, Ostasi Anteil von 230 1/2 auf 235 Proa, Ostasi Genüsse von 189 auf 185. Roman Salpeter von 460 auf 450. Am Valuta markt waren starke Schwankungen in Kanada zu verzeichnen. Baltimore unterändert 184. Steaua Romana anziehend auf 570. Deutsche Petroleum anfangs 10 Proa höher, später 5 Proa niedriger. Deutsche Erdöl leicht gebessert.

Sehr fest lagen alle Schiffahrtssaktionen auf die in Aussicht gestellte Regelung der Entschädigungen. Bevorzugt waren Kapag, die 4 Proa gewonnen. Sehr fest lagen auch alle Kali-papiere unter Bevorzugung von Deutschen Kali-Aktien, die 14 Proa anzogen. Am Roman markt oberirdische Werte bevorzugt auf bessere Rohstoffförderung in Obereschleien. Oberbedarf 7 Proa, Caro 5 Proa, Laura 3 Proa höher. Stark steigend namentlich im weiteren Verlaufe Bismarckhütte, die 17 Proa gewonnen. Anilin-papiere gleichfalls steigend, namentlich Eibersfelder und Schöster Farben, dagegen Polische Anilin nachgebend. Rüstungswerte 3 bis 4 Proa höher. Kriegsanleihen und die älteren heimischen Anleihen unverändert.

Groß-Berlin

Die Befreiung vom Religionsunterricht.

Die in den Berliner Gemeindefschulen vorgelassenen Versuche, bei Anträgen von Eltern auf Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht die Antragsteller anzukommen, werden in der nächsten Stadtvorordneten-sitzung nochmals zur Sprache gebracht werden. Vorhandelt wird über folgenden vom Stadtvorordneten Dr. Wehl (U. Soz.) und vom Stadtvorordneten Genossen Bruns (Soz.) unterzeichneten Antrag vom 4. September, der schon in der vorigen Sitzung auf der Tagesordnung stand: Die Stadtvorordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Schulkinder auf schriftlichen Antrag der Erziehungsberechtigten ohne weiteres vom Religionsunterricht befreit werden, und daß durch die Lehrer keinerlei Beeinflussung der Eltern oder Kinder versucht wird. Inzwischen hat die Demokratische Fraktion gleichfalls einen Antrag eingebracht, der mit dem Zugeständnis, daß die Schule den Antragstellern auf Wunsch ihren Rat erteilen darf, wohl eine Hintertür öffnen soll.

Ein neuer Trick.

Die angekauften Kapitalien der Versicherungsgesellschaften, die ja ohnehin eine schwindelartige Höhe erreicht haben, sollen auf alle Fälle unangefastet bleiben, zum Schaden derjenigen, die glauben, bei Einbruch, Feuer oder ähnlichem Anlaß durch die Versicherung gedeckt zu sein. Doch der Versicherte denkt, die Gesellschaft laßt. Ein Genosse schreibt uns darüber:

Ich bin seit 15 Jahren bei der Hamburg-Bremer Feuerversicherungsgesellschaft, Filiale Berlin, versichert. Anfänglich nur gegen Feuer, zuletzt gegen Einbruch und Diebstahl. Beide Policen laufen verschiedenes ab. Am 18. Juli wird die Einbruchpolice geändert mit dem Vermerk, daß zu einem neuen Abschluß rechtzeitig ein Vertreter geschickt wird. Nach langem Warten teilt mir die Gesellschaft mit, daß sie zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, eine neue Versicherung abzuschließen. Gründe fehlen. Ich frage hiermit: Warum hat man mir nicht auf die Feuerversicherungspolice geändert? Weil man hier mit kleinerem Risiko rechnet. So lange hat die Gesellschaft die hohen Prämien ruhig eingestrichelt, heute, wo wir einen eventuellen Schadenertrag nötiger brauchen als je, setzt man uns rücksichtslos den Stuhl vor die Tür. Die Öffentlichkeit wird sich diese Gesellschaften für sich und ihre Nachkommenschaft merken.

Kasset die Rindsein zu mir kommen . . . !

Man schreibt uns:

Bisher hatte der kommunistische Terror sich nur gegen Erwachsene gerichtet. Der unter kommunistischer Leitung stehende Turnverein „Richte“ scheint den Kampf nun aber auch auf die Kinder andersgestimmter übertragen zu wollen. Einige Turnerinnen dieses Vereins, die die kommunistischen Ideale wohl noch nicht ganz in sich aufgenommen haben, hatten bei dem zum Buchdrucker-Verband gehörenden Verein der Buchdruckmaschinenmeister wie in früheren Jahren, so auch in diesem Jahre Kinderspiele geleitet. Deshalb werden sie im „Mit-Blatt“ des Vereins „Richte“ von dem kommunisten Theodor Gabbeh, der selbst Verbandsmitglied ist, zurückgewiesen. Gabbeh behauptet, daß der Verband der deutschen Buchdrucker ungefähr den reaktionärsten Standpunkt von sämtlichen deutschen Gewerkschaften einnimmt. Buch der Verein der Berliner Buchdruckmaschinenmeister mache in der Gesamtorganisation davon keine Ausnahme. Es sei ein Zeichen von bedauerlicher Grundlosigkeit, wenn Mitglieder unseres Vereins diese Organisation unterstützen. Gabbeh schließt: „So gut wie wir auf unserem Gebiet revolutionär sind — oder besser gesagt sein wollen — müssen wir von den Organisationen, denen wir freundschaftliche Unterstützung angeheißt lassen, verlangen, daß sie auf ihrem Gebiet für den revolutionären Sozialismus wirken. Lassen wir deshalb die Buchdruckerorganisation und ähnliche vorantunistische Konzentrate bei ihren Veranstaltungen häufig unter sich.“ Kommentar ist wohl überflüssig. Die kommunistische Rachehandlung nach dem Spruch: Kasset die Rindsein zu mir kommen — wenn die Eltern „revolutionäre Sozialisten“ sind.

Ein nie Vermißter.

Die „Deutsche Tageszeitung“ reißt sich am „Vorwärts“, weil wir über zahlreiche Fälle berichtet haben, in denen Behörden um sich noch als „kaisersch“ oder „kaiserlich“ bezeichnen. Bei dieser Gelegenheit höhnt das Agrarblatt, daß die Berliner Stadtvorordneten auf Stühlen sitzen, an deren Lehnen noch ein aus dem berlinischen Wap, dem brandenburgischen roten Adler, dem preussischen schwarzen Adler und der preussischen Königskrone zusammengelegtes Wappen prangt. Wir wissen nicht, ob das zutrifft, und wahrscheinlich werden das auch die meisten Stadtvorordneten nicht sofort wissen, weil sie diesen Hiertat wohl niemals beachtet haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt dann, daß die Mehrheit der Berliner Stadtvorordnetenversammlung aus ihrem Sitzungssaal die Büsten der drei Kaiser entfernt habe. Tatsächlich waren in dem Sitzungssaal stets nur die Büsten des ersten und des zweiten Kaisers aufgestellt, niemals die des dritten und letzten — und niemals hat man in den dreißig Jahren seiner Regierung sie vermisst. Selbst die monarchistische „Deutsche Tageszeitung“ scheint in der verflochtenen Kaiserzeit die Büste des regierenden Monarchen nicht in dem Saal vermisst zu haben, sonst könnte ihr nicht der Irrtum unterlaufen, daß auch seine Büste dort aufgestellt gewesen und jetzt zusammen mit den anderen zum alten Eisen geworfen worden sei.

Wenn man schlechtes Mehl umtauscht.

Man schreibt uns: Es ist recht bedauerlich, daß große Mengen zur Verteilung gelangenden Mehls dumm und ungenießbar sind. Dies wird auch vom Berliner Magistrat anerkannt, indem er in seiner Abteilung Provierforung anstandslos das schlechte Mehl zurücknimmt und hierfür neue Mehlmarken ausgibt. Eine sehr burraukratische Gedanklosigkeit ist es jedoch, daß der Kaufbetrag für das Mehl nicht zurückerstattet wird. Um einwandfreie Ware zu erhalten, die der Magistrat zu liefern verpflichtet wäre, müssen die Käufer zweimal bezahlen und haben obendrein noch viel Laufen. Da das zurückgegeben, zur menschlichen Nahrung ungeeignete Mehl aber immerhin für einen billigeren Preis als Viehfutter veräußert und stark begehrt ist, magt der Magistrat damit ein gutes Geschäft auf Kosten der arbeitsfähigen Konsumenten. Wie ist so etwas möglich?

Nach den Mitteilungen, die man uns gemacht hat, beruht dieses Verfahren nun allerdings nicht auf burraukratischer Gedanklosigkeit, sondern auf wohlüberlegter, oder nicht billigerem Verstand. Die Berliner Provierforungsgesellschaft geht von der Erwägung aus, es sei nicht zu kontrollieren, ob das ihr zum Umtausch eingereichte Mehl wirklich aus ihren Beständen herrührt. Auch wenn sich das nachweisen ließe, bestände immer noch die Schwierigkeit, zweifelsfrei festzustellen, ob nicht das Mehl erst bei dem Käufer infolge schlechter Behandlung verdorben ist. Nur den Bäckern wird gegebenenfalls der Kaufpreis für schlechtes Mehl zurückerstattet, weil durch Kontrolle ihrer Betriebe geprüft werden kann, ob sie selber die Schuld trifft oder nicht. Das zurückgenommene, schlechte Mehl als Viehfutter verwendend, aber dem Käufer nichts von dem Kaufpreis zurückerstattet wird, ist Tatsache. Versichert wird, daß die Provierforungsgesellschaft bei solcher Verwertung keineswegs ein gutes Geschäft macht, sondern nur zuseht. Das wäre denn doch eine sonderbare Art der „Verwertung“, die uns einfließen noch nicht recht verständlich ist. Aber fest wenn tot-

jährlich Zuschüsse geleistet werden müßten, so ist es ein unhaltbares Verfahren, den Käufer zweimal zahlen zu lassen.

Warum erhält Berlin keinen Einmachezucker?

In Zuschriften an uns ist Verwunderung darüber geäußert worden, daß es in Berlin diesmal keinen Einmachezucker gibt. Ein Briefschreiber behauptet, daß der Magistrat „den Zucker verstreicht“. Beweise bringt er nicht bei, aber er meint, es sei „anders gar nicht möglich“. Man habe doch in Mariendorf 4 Pfund, im Mansfelder Kreis sogar 5 Pfund, in Leipzig wenigstens 3 Pfund als Einmachezucker verteilt. Hierzu erfahren wir von der Berliner Zucker-Versehungsgesellschaft, daß die Reichszuckerstelle ihr für dieses Jahr keinen Einmachezucker zugewiesen hat. Infolge der nicht unbedeutenden Verluste durch Zuckerdiebstahl sei es ihm nicht möglich gewesen, Ersparnisse zu machen und hieron Einmachezucker auszugeben. Auch seien seit November vorigen Jahres viele Personen nach Berlin gezogen, die gleichfalls mit Zucker versorgt werden mußten. Soweit andere Orte und Kreise noch Einmachezucker verteilt haben, könne er nur dadurch zusammengepart worden sein, daß die monatlich zugewiesenen Mengen eingeschränkt wurden. Berlin habe 1 1/2 Pfund pro Kopf und Monat ausgegeben, während in Landkreisen allmonatlich nur 1 1/4 Pfund ausgegeben wurden. Wenn 12 Monate hindurch je 1/4 Pfund erspart wird, so ermöglicht das schon die einmalige Verteilung von 3 Pfund Einmachezucker. — Wir können nicht wissen, ob diese Erklärung für alle Orte zutrifft, die Einmachezucker verteilt haben. Wir vermuten aber, daß es doch auch Orte geben wird, die trotz Zuteilung von monatlich 1 1/2 Pfund noch Einmachezucker verteilen konnten.

Wie Kriegsschädigte behandelt werden. Ein Mitglied des Reichsbundes der Kriegsschädigten berichtet uns aus den Spandauer Staatswerkstätten ein sonderbares Vorkommnis. Circa 60 bis 70 Personen mit schwerer Kriegsschädigung und über 20 Kinder stellten sich in der Geschüßgießerei ein und wollten Arbeit haben. Sie waren aus den verschiedenen Betrieben nach dort überwiesen worden und hatten Anweisung, sich zu melden. Arbeit ist jetzt in der Geschüßgießerei noch nicht mal für die bisher Beschäftigten vorhanden. Was haben im übrigen jene Bedauernswerten in dem schwersten Betrieb zu suchen? Will man ihnen zumuten, Kanonen „auszuschlachten“? Die Einzelstellen mußten von 6 1/2 bis 11 1/2 Uhr auf dem Hofe warten. Manche stelen um, einige bekamen Krämpfe und tobten. Erst gegen 11 1/2 Uhr entließ man sie mit dem Bescheid, sie würden über den nächsten Lohnzahlungstag noch Mitteilung erhalten. Leuten mit schwerer Kriegsschädigung darf nur mit Genehmigung der Fürsorgestelle gekündigt werden, wenn man ihnen Arbeit nachweist. Selbstverständlich muß aber die Arbeit angemessen ihrer Leistungsfähigkeit sein. Die „Ausschlachtungsarbeiten“ in der Geschüßgießerei gehören dazu gewiß nicht.

Berschollen ist in der Nacht vom Freitag, den 12. September, zum Sonnabend, den 13. September, der Leiter des Arbeiter-Zugverbandes Charlottenburg Genosse Paul Damm. Er war bekleidet mit dunkelgrünem Anzug, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schnürschuhen, welchem Leinenhemd, welchem Steßtragen und grauem Filzhat mit schwarzem Band. Besondere Kennzeichen: Rechtsseitiger Bauchschuß und ungefähr 25 Zentimeter lange Narbe im linken Kniegelenk (Kriegsschädigung). Er trug an der linken Hand einen goldenen Ring mit dunkelrotem Stein und hatte eine schwarze Altemappe bei sich. Es wird ein Unglücksfall vermutet. Mitteilungen an das nächste Polizeirevier oder an den Vater Hermann Damm, Charlottenburg, Montagsstr. 3.

Mehreren im Olympiapark. Mannschloßfahren über eine Stunde: 1. Small-Begener 19, 2. Stolz-Webbig 18, 3. Schrage-Rudel 17, 4. Brahm-Rudela 11, 5. Dörmel-Günther 9 Punkte. — Vorgabernennen, 2000 Meter: 1. Günther (140) 3 Min. 28 Sek., 2. Wegener (60), 3. Ost. Metz (120), 4. Behrend (130), 5. Lehmer (30 Meter Vorgabe); in einen Klassenfahrt wurden u. a. vermisst: Schrage, Othmer, Schwab. — Berlinmarathon, Dauerrennen in zwei Runden über je 50 Kilometer, 1. Lauf: 1. Weh 42 Min. 23 Sek., 2. Wittig 31:20, 3. Kuschatow 29:00, 4. Kretschmer (Notornamen) 22:130, 5. Renanow (Kab- und Notorkabene) 37:200 Meter zurück. 2. Lauf auf 30 Kilometer zurück: 1. Kretschmer 24 Min. 14 Sek., 2. Weh 15:10, 3. Wittig 14:40, 4. Kuschatow 36:20 Meter zurück; Renanow aufgegeben. Gesamtergebnis: 1. Weh 78,490 Kilometer, 2. Wittig 75,040 Kilometer, 3. Kuschatow 71,780 Kilometer, 4. Kretschmer 57,870 Kilometer, 5. Renanow 17:200 Kilometer.

Poßdam. Am Donnerstag, 18. September, 8 Uhr, veranstaltet die „Deutsche Gesellschaft für Volkstum“ im großen Saal des Café Sanssouci einen Volkskultabend. Das glänzende Programm verspricht einen genussreichen Abend. Vorgesangarten zu 1,25 M. für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sind in der Buchhandlung von Hirsch, Waisen- u. Charlottenstraße, erhältlich. An der Abendkasse beträgt der Eintrittspreis 2 M. Der Vorstand.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Trepton. Vom 13. bis 21. September 7 Wd. Kartoffeln, 250 Gramm Marmelade, 300 Gramm Graupenmehl, 250 Gramm Weizenmehl, 250 Gr. Sago für Jugendliche, Rührzucker 1 Paket für Personen über 65 Jahre. Johannisthal. Ab 19. September auf Teitomer Lebensmittelkarte 250 Gramm Suppen in Paketen, 250 Gramm Heferollen in Paketen, 250 Gramm Weizenmehl, auf Allgemeine Lebensmittelkarte 2 Suppenwürfel, 500 Gramm Suppenmehl, Auslandsmarmelade 2,50 M. je Wd. in der Gemeinde-Verkaufsstelle freihändig. Friedrichshagen. Da jetzt die Kartoffelzufuhren reichlicher sind, gelangen die für die Woche vom 22. bis 27. September bestimmten 10 Pfund Kartoffeln schon in der Woche vom 15. bis 20. September mit zur Ausgabe.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung! Arbeiter, Angestellte!

Mittwoch, den 17., abends 7 Uhr, finden in Berlin und Vororten 30 öffentliche Versammlungen statt. Tagesordnung in allen Versammlungen:

Das Betriebsrätegesetz.

Parteilosen und Parteigenossinnen! Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Es handelt sich um die Grundlage unseres wirtschaftlichen Aufbaues. Sorgt für Massenbesuch. Bezirksverband Groß-Berlin. S. 8. D.

2.—8. Abt. Für unter Volksteil am 21. September in der Bodenrauer mit Einzahlarten bei den Abteilungsleitern und Bezirksleitern sowie in den Bezirkskollegen zu haben. Der Festaussch. 3. und 4. Abt. Frauensabend Dienstag, 16. September, 8 Uhr, Aula der Dampferwerkstatt, Aufzuchtstr. 141. Prl. Dr. mod. Beneke: Soziale Erziehung der Frau.

45. Abt. Der auf Mittwoch, 17. September, angelegte Jahrsabend bei Nacht, Schulstr. 30/60, findet Dienstag, 16. September, statt. Charlottenburg. Dienstag, 16. September, 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 3, Rikaleverversammlung. Gen. Ritter: Die Eingemeindung in Groß-Berlin. Bahndirektionsangelegenheiten. Beschließendes.

Tempelhofer. Heute, 7 1/2 Uhr, im Gelingenal des Realgymnasiums, Kaiser-Wilhelm-Str. 19/21: Frauen-Abendabend. Referent: Genosse Bartels vom Parteivorstand.

Koienthal-Vorabend. Dienstag, 8 Uhr, im Lokal von Prl. Wärtz: Sitzung der Funktionäre.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Fenster- und Messingpauer, Branchenversammlung am Mittwoch, den 17. September, abends 5 Uhr, im Lokal von Heinrich, Große Frankfurter Straße 30. Tagesordnung: Bericht der Tarifkommission.

Buchbinderverband. Solarolaminatearbeiterinnen. Dienstag, den 16. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45, Branchenversammlung aller Kompletterinnen, Rückwandmacherinnen und Hilfsarbeiterinnen der Holzrahmendruckerei. Bericht über die Verhandlungen mit den Fabrikanten. Die Branchenleitung.

